

17.07.2023

**Beiträge ÖkoLinX-ARL
in der Fraktion
»ÖkoLinX-ELF im Römer«**

Wortprotokoll

über die

23. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 22. Juni 2023

(16:00 Uhr bis 00:11 Uhr)

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1665	25
Stadtverordneter Yannick Schwander, CDU:.....	25
Stadtverordnete Ayse Zora Marie Dalhoff, LINKE.:	27
Stadtverordneter Hüseyin Sitki, SPD:.....	28
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1666 →	28
Stadtverordnete Kristina Luxen, SPD:.....	28
Stadtverordneter David Edelmann, GRÜNE:.....	29
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	31
Stadtverordneter Martin Frederick Huber, Volt:	32
Stadtverordnete Anna Nguyen, AfD:	32
Stadtverordneter Dr. Julian Langner, FDP:	33
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1667	34
Stadtverordneter Sebastian Papke, FDP:.....	34
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	34
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1668	35
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	35
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:	36
Stadtverordneter Andreas Lobenstein, AfD:	36
Stadtverordnete Elisa Grote, Volt:	37
Stadtverordnete Mirriane Mahn, GRÜNE:	38
Stadtverordnete Sara Steinhardt, CDU:	39
Stadtverordneter Simon Witsch, SPD:.....	40
Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:	41
Stadtverordnete Isabel Schnitzler, FDP:.....	42
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1669	43
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:	43
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1670	44
Stadtverordnete Elisa Grote, Volt:	44
Stadtverordnete Dr. Daniela Mehler-Würzbach, LINKE.:	45
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1672	46
Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:	46
Stadtverordneter Robert Lange, CDU:	47
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1673	47
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:	47
4. Verabschiedung der Tagesordnung II	48
5. Wahl einer/eines hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat).....	48
5.1 Bericht des Wahlvorbereitungs- und Wahlprüfungsausschusses zur Wahl einer/eines hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat).....	48

Stadtv. Kristina Luxen - SPD -

Das Wärmeplanungsgesetz der Bundesregierung soll die Grundlage für eine sozialverträgliche und kosteneffiziente Wärmeversorgung schaffen. Im Heizungsenergiegesetz des Landes Hessen sind Gemeinden mittelfristig angehalten, zur Erreichung der Energie- und Klimaziele eine kommunale Wärmeplanung zu entwickeln, fortlaufend zu aktualisieren und zu veröffentlichen. Andere Bundesländer und Großstädte wie zum Beispiel Kiel kommunizieren bereits Ergebnisse. Daher frage ich den Magistrat: Wie ist der Stand der kommunalen Wärmeplanung für Frankfurt?

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Guten Abend oder wie auch immer!

Hier wird viel von Planung gesprochen, „perfekte Planung“ fiel eben als Wort. Wir kennen alle Bertolt Brecht: „Mach du nur einen Plan“. Viele Worte in Frankfurt, und tatsächlich kommen wir doch nicht vorwärts und gehen strukturell in die falsche Richtung. Hier wird etwas abgefeiert, ganz toll, die kommunale Wärmeversorgung, wir machen jetzt Pläne. Warum gibt es sie überhaupt? Weil auf Bundesebene das Heizungsgesetz gescheitert ist. Das muss hier doch auch einmal gesagt werden. Punkt eins.

Punkt zwei: Hier wird Fernwärmeversorgung gefeiert. Wer macht die Fernwärmeversorgung? Die wird einem Monopolisten, der Mainova, übertragen, die bestimmte Interessen hat und die Sachen werden uns, zusammen mit Stadtverordneten, die hier im Stadtparlament sitzen, vorgekaukelt und es wird uns dann erzählt: „Das wird jetzt ganz toll.“ Und „ganz toll“ heißt, wir bauen ein Kohlekraftwerk zu einem anderen fossilen Kraftwerk um, zu einem Gaskraftwerk. Die Fernwärme wird mit viel Geld so umgebaut, dass dort auch Wasserstoff eingeleitet werden kann. Was für ein Wahnsinn! Für die Versorgung in den Städten gibt es mindestens in den nächsten 20 Jahren keinen grünen Wasserstoff.

(Beifall)

Wir haben so wenig grünen Wasserstoff, dass wir es vielleicht für den Busverkehr und andere Sachen hinkriegen. Ein absoluter Wahnsinn! Wir haben eine Monopolisierung und damit dann eine zentrale Abhängigkeit, wenn wir überall Fernwärmenetze ausbauen. Das war schon in der Pandemie negativ.

(Zurufe)

Dann soll selbst geprüft werden, dass in Altstadtvierteln die Straßen aufgerissen werden und dass dort Fernwärmenetze verlegt werden. Wir verrückt kann man sein?

Gestern hatte ich zufällig die Begegnung mit einem Menschen, der für Häuser in Frankfurt zuständig ist, und er sagt, sie hätten das ge-

checkt. Sie wollten an ein Fernwärmenetz angeschlossen werden, man bekam eine Auskunft von der Mainova, dass beim Anschluss eines Hauses allein die Zuleitung 100.000 Euro kosten wird, und das ist der unterste Preis. Von daher, „billig und für alle verträglich“, wunderbar, wenn solche Auskünfte kommen. Ich halte das für einen Irrweg. Hört auf, hier Gaskraftwerke zu bauen. Baut sie ab. Alle Gaskraftwerke müssen weg, wir brauchen Solarkraftwerke, wir brauchen quartiersmäßige Wärmeheizpumpen, nicht für einzelne Wohnungen, sondern wir brauchen Wärmeheizpumpen für große Quartiere. Das ist die Alternative und nicht die Fernwärme.

(Beifall)

Da gibt es auch Beispiele. Ich habe es im Ausschuss schon gesagt: Die Firma MAN muss nach Dänemark gehen, um da ihre Wärmepumpe zu verkaufen, weil es hier in Deutschland keine Nachfrage gibt.

Die zwei Minuten sind zu Ende. Hört auf mit dem Irrsinn. So kommen wir nicht schnell und auch gar nicht in die Klimaneutralität in Frankfurt.

Danke!

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Claudia Korenke:**

Danke, Herr Zieran! Das Wort hat Herr Huber von Volt. Bitte!

(Zurufe)

Herr Zieran!

Meine Damen und Herren, Herr Huber hat das Wort. Bitte!

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1665	25
Stadtverordneter Yannick Schwander, CDU:.....	25
Stadtverordnete Ayse Zora Marie Dalhoff, LINKE.:	27
Stadtverordneter Hüseyin Sitki, SPD:.....	28
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1666	28
Stadtverordnete Kristina Luxen, SPD:.....	28
Stadtverordneter David Edelmann, GRÜNE:.....	29
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	31
Stadtverordneter Martin Frederick Huber, Volt:	32
Stadtverordnete Anna Nguyen, AfD:	32
Stadtverordneter Dr. Julian Langner, FDP:	33
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1667	34
Stadtverordneter Sebastian Papke, FDP:.....	34
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	34
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1668	35
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	35
Stadtverordnete Jutta Ditzfurth, ÖkoLinX-ELF:	36
Stadtverordneter Andreas Lobenstein, AfD:	36
Stadtverordnete Elisa Grote, Volt:	37
Stadtverordnete Mirriane Mahn, GRÜNE:	38
Stadtverordnete Sara Steinhardt, CDU:	39
Stadtverordneter Simon Witsch, SPD:.....	40
Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:	41
Stadtverordnete Isabel Schnitzler, FDP:.....	42
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1669	43
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:	43
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1670	44
Stadtverordnete Elisa Grote, Volt:	44
Stadtverordnete Dr. Daniela Mehler-Würzbach, LINKE.:	45
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1672	46
Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:	46
Stadtverordneter Robert Lange, CDU:	47
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1673	47
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:	47
4. Verabschiedung der Tagesordnung II	48
5. Wahl einer/eines hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat).....	48
5.1 Bericht des Wahlvorbereitungs- und Wahlprüfungsausschusses zur Wahl einer/eines hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat).....	48

Stadtv. Sebastian Papke - FDP -

Der Immobilienmarktbericht 2023 zeigt neben den Entwicklungen des Jahres 2022 erschreckende Zahlen für das erste Quartal 2023. Dieser zeigt dramatische Einbrüche bei den Verkaufszahlen - 93 Prozent im Gewerbe / 67 Prozent bei Wohnimmobilien.

Darum frage ich den Magistrat: Wie schätzt der Magistrat die aktuelle Lage auf dem Immobilienmarkt ein, und wie steht der Magistrat zu der Idee, Halbjahresdaten oder sogar Quartalsdaten zu veröffentlichen, um eine realistischere Grundlage der Preis beziehungsweise Wertermittlung zu ermöglichen?

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Claudia Korenke:**

Vielen Dank, Herr Dr. Langner! Wir kommen nunmehr zur Aktuellen Stunde zur Frage Nr. 1667. Ich bitte um Wortmeldungen.

Das Wort hat Herr Papke. Bitte!

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1667

Stadtverordneter Sebastian Papke, FDP:

Sehr geehrte Vorsitzende,
liebe Kollegen!

Der Immobilienmarkt, so zeigen es die Zahlen des Immobilienmarktberichts 2022, ist aktuell nicht planbar beziehungsweise zusammengebrochen. Die Rahmenbedingungen in der Baubranche haben sich seit dem Frühjahr 2021 stark verändert. Hierüber habe ich, haben wir schon mehrfach gesprochen und welche Vehikel wir als Koalition angestoßen haben. Hier geht es aber konkret um das Problem der Immobilienbewertung. Wir als Stadt beziehungsweise mit dem Land zusammen haben die Aufgabe, durch den Gutachterausschuss verlässliche und vergleichbare Zahlen zu liefern. Bei Erbschaften, Streitigkeiten, Verkäufen oder bei der Berechnung der Erbpacht ist eine realistische und neutrale Bewertung von Immobilien notwendig. Dies ist aktuell so gut wie unmöglich. Gutachter haben wegen der geringen Anzahl an Verkäufen keine Vergleichspreise und müssen sich weiterhin auf den Gutachterausschuss beziehen. Dieser setzt aber die Preise der letzten zwei Jahre als Grundlage an. Notare und Käufer kommen schnell in die Problemzone, denn Bodenrichtpreis und Kaufpreis liegen so weit auseinander, dass vom Finanzamt, aber auch rechtlich, ein Verkauf nicht akzeptiert beziehungsweise erschwert wird. Die errechneten Werte bei der Erbschaft und bei Streitigkeiten und die dadurch fällige Erbschaftssteuer, kombiniert mit den oft hohen Sanierungskosten, führt zum Teil zu absurden Notverkäufen. Das ist, glaube ich - außer vielleicht vom linken Spektrum -, nicht gewünscht.

Über die Auswirkungen der hohen Bodenrichtpreise auf die Erbpacht sprechen wir sicherlich später noch. Da gibt es ja einen Antrag, der das mit berücksichtigt. Wir müssen daher ermöglichen, dass realistischere und aktuellere Bodenpreise bereitzustellen sind. Vererbende, Erben, Käufer und Erbpachtnehmer dürfen wir mit dieser Situation nicht alleinlassen.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Claudia Korenke:**

Vielen Dank, Herr Papke! Als nächster Redner spricht Herr Zieran von ÖkoLinX-ELF. Bitte!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Nur noch eine kleine Vertiefung zu meinem Beitrag vorhin: dramatischer Einbruch. Finde ich gut, denn dieser dramatische Einbruch ist für die Bürger Frankfurts positiv, denn es wird sich auch auswirken auf die Wertermittlung der Häuser, auf die Werteentwicklung in dieser Stadt, die Spekulation kann nicht mehr so weitergehen, die Immobilienblase bricht zusammen. Hoffentlich! Ich glaube aber, das tut sie nicht, es wird nur ein kleiner Dätscher werden. Mehr wäre für alle Menschen in Frankfurt gut, und das ist mehr als die Hälfte hier, die in Frankfurt wohnen, die zu wenig Kohle haben, um sich eine vernünftige Mietwohnung leisten zu können.

(Zurufe)

Also die Dramatik, mit Notverkäufen untermauert und so weiter, die sehe ich nicht. Ich sehe eine wichtige Entwicklung und hoffe, dass sie weitergeht zugunsten der Menschen in dieser Stadt, die keinen Besitz haben, die keine Immobilien haben und die Schwierigkeiten haben, eine Mietwohnung überhaupt in Frankfurt halten zu können, hoffe also auf den Einbruch der Immobilienblase in Frankfurt.

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1665	25
Stadtverordneter Yannick Schwander, CDU:.....	25
Stadtverordnete Ayse Zora Marie Dalhoff, LINKE.:	27
Stadtverordneter Hüseyin Sitki, SPD:.....	28
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1666	28
Stadtverordnete Kristina Luxen, SPD:.....	28
Stadtverordneter David Edelmann, GRÜNE:.....	29
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	31
Stadtverordneter Martin Frederick Huber, Volt:	32
Stadtverordnete Anna Nguyen, AfD:	32
Stadtverordneter Dr. Julian Langner, FDP:	33
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1667	34
Stadtverordneter Sebastian Papke, FDP:.....	34
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	34
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1668 →	35
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	35
Stadtverordnete Jutta Ditzfurth, ÖkoLinX-ELF:	36
Stadtverordneter Andreas Lobenstein, AfD:	36
Stadtverordnete Elisa Grote, Volt:	37
Stadtverordnete Mirrienne Mahn, GRÜNE:	38
Stadtverordnete Sara Steinhardt, CDU:	39
Stadtverordneter Simon Witsch, SPD:.....	40
Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:	41
Stadtverordnete Isabel Schnitzler, FDP:.....	42
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1669	43
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:	43
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1670	44
Stadtverordnete Elisa Grote, Volt:	44
Stadtverordnete Dr. Daniela Mehler-Würzbach, LINKE.:	45
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1672	46
Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:	46
Stadtverordneter Robert Lange, CDU:	47
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1673	47
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:	47
4. Verabschiedung der Tagesordnung II	48
5. Wahl einer/eines hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat).....	48
5.1 Bericht des Wahlvorbereitungs- und Wahlprüfungsausschusses zur Wahl einer/eines hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat).....	48

Stadtv. Michael Müller - LINKE -

Der für Sonntag, den 18. Juni 2023, geplante Festakt in der Paulskirche des Convents Deutscher Akademikerverbände zum 175. Jubiläum des Paulskirchenparlaments wurde abgesagt.

Ich frage den Magistrat: Warum hat der Magistrat die Paulskirche an den Convent Deutscher Akademikerverbände vermietet, und wie wird der Magistrat sicherstellen, dass dies zukünftig ausgeschlossen wird?

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Claudia Korenke:**

Vielen Dank, Herr Müller! Als nächste Rednerin spricht Frau Ditfurth von ÖkoLinX-ELF. Bitte!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:

Schönen guten Abend!

Langsam wird es doch einfach peinlich. 1982 Goethepreis an Ernst Jünger, Nazi-Ideologe; 1998 große Rede, Auschwitzkeule, Martin Walser in der Paulskirche; 2021 Jasbir Puar, bekannte Judenhasserin, „Attentate sind Kunstwerke“ in der Städelschule; Roger Waters in der Festhalle in diesem Jahr; und nun fast auch Burschenschaftler. Der Magistrat kennt Menschen und Demokratiefeinde einfach nicht, er macht mit denen Verträge und achtet nicht darauf, obwohl es wirklich gute Mitarbeiter:innen in der Stadtverwaltung gibt. Wenn der Magistrat sich denn nur einmal qualifizieren ließe von diesen Menschen, die es da gibt.

Jetzt die Burschenschaftler. Die Burschenschaftler wurden nicht etwa hinausgeschmissen, da gibt es nichts zu feiern, sondern sie haben auf etwas reagiert, was nur eine Kompensation für politische Unfähigkeit ist. Weil man es nämlich vorher nicht geschafft hat, politisch Leute wie diese draußenzuhalten, kompensiert man es jetzt, indem man sich undemokratische Methoden ausdenkt, die dann weitreichende politische und gesellschaftliche Folgen haben, nämlich Teilnehmer:innenlisten. Ich hätte gerne Teilnehmer:innenlisten von Jünger und von Walser und von anderen, aber ich weiß ja ungefähr, wer da war und wer an der falschen Stelle gejubelt hat.

Die Statuten von 1994 müssen ersetzt werden, aber nicht nach den Kriterien des Geheimdienstes, der sich geschickterweise nach dem Krieg den Namen Verfassungsschutz gegeben hat, nicht nach dessen Kriterien. ÖkoLinX war 2001 in Hessen im Verfassungsschutzbericht, nur weil wir in den Römer gewählt worden sind - das ist auch

schon eine irgendwie undemokratische Tat -, sondern der Magistrat muss die eigene Unfähigkeit dadurch überwinden, dass er lernt, sich mit Rassismus und Antisemitismus so auseinanderzusetzen, dass er begreift, um was es da geht, dass er solche wie die genannten Leute nicht mehr einlädt, sondern durch ein Statut inhaltlich begründet Kriterien schafft, aufgrund derer Antisemiten, Antisemitinnen, Rassistinnen und Rassisten nicht mehr in Frankfurt in die Paulskirche oder an Orte wie die Festhalle eingeladen werden. Dann braucht es auch keine undemokratischen Teilnehmerlisten, es reicht, wenn man weiß, wer der Veranstalter ist, wenn man ihn einschätzen kann. Diese Hilflosigkeit ist wirklich peinlich mit anzusehen, es ist fast zum Fremdschämen. Man kann sich angucken, wer Referent oder Preisträger ist, aber die haben Sie ja alle immer selbst eingeladen. So.

Gucken Sie in den Spiegel, setzen Sie sich zusammen, lassen Sie sich von Ihren guten Leuten qualifizieren, von denen wir einige kennen. Begreifen Sie, um was es geht, und verhindern Sie künftig mit einem politisch begründeten Statut, dass Menschenfeinde nicht mehr an die genannten Orte gehen dürfen.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Claudia Korenke:**

Vielen Dank, Frau Ditfurth! Als Nächster spricht Herr Lobenstein von der AfD. Bitte schön!

**Stadtverordneter Andreas Lobenstein,
AfD:**

Sehr geehrte Frau Vorsteherin,
werte Kollegen!

Lieber Herr Müller, ich schätze durchaus so manchen Ihrer Beiträge im Ausschuss für Kultur, Wissenschaft und Sport, beispielsweise in der vorletzten Sitzung im Mai Ihre aus meiner Sicht zumindest berechtigten Ein-

5.2 Wahl einer/eines hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat)	48
Stadtverordnete Tina Zapf-Rodriguez, GRÜNE:.....	49
Stadtverordneter Dr. Albrecht Kochsiek, CDU:.....	51
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	53
Stadtverordneter Sebastian Papke, FDP:.....	55
Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:.....	55
Stadtverordneter Patrick Schenk, AfD:	56
Stadtverordneter Martin Frederick Huber, Volt:	57
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	58
Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:	59
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:	61
Stadtrat Prof. Dr. Marcus Gwechenberger:.....	62
6. Amtseinführung, Verpflichtung, Ernennung und Vereidigung der/des gewählten hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat) gemäß § 46 HGO	62
Oberbürgermeister Mike Josef:	62
Stadtrat Prof. Dr. Marcus Gwechenberger:.....	63
Stadtrat Stefan Majer:	63
7. Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern	64
Gemeinsamer Antrag der GRÜNEN, der SPD, der FDP und Volt vom 09.05.2023, NR 654	
Stadtverordnete Sylvia Momsen, GRÜNE:.....	64
Stadtverordnete Almuth Meyer, SPD:.....	65
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	67
Stadtverordnete Britta Wollkopf, Volt:.....	67
Stadtverordnete Verena David, CDU:.....	69
Stadtverordnete Monika Christann, LINKE.:	70
Stadtverordneter Patrick Schenk, AfD:	72
Stadtverordneter Haluk Yildiz, BFF-BIG:	72
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:	74
8. Wasserversorgung sichern: Anpassung an Hitze und Trockenheit.....	75
Antrag der CDU vom 17.05.2023, NR 674	
Stadtverordneter Martin-Benedikt Schäfer, CDU:.....	75
Stadtverordneter Thomas Schlimme, GRÜNE:	76
Stadtverordnete Anna Pause, SPD:	78
Stadtverordneter Dr. Julian Langner, FDP:	79

zukünftige Krisen anpassen zu können. Um die städtische Widerstandsfähigkeit ebenfalls zu stärken, müssen Städte auch bereit sein, voneinander zu lernen und stets über den Tellerrand zu blicken, das ist ja auch wissenschaftliche Praxis.

Schließlich müssen wir die Bedeutung der Bürger:innenbeteiligung betonen. Eine erfolgreiche Planungspolitik erfordert den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten. Nur durch den Einbezug der Bürger:innen können wir eine lebendige, inklusive und zukunftsorientierte Stadtplanung erreichen, wir müssen aber auch darauf achten, das Beteiligungsparadoxon ein Stück weit aufzulösen. Menschen bringen sich selten zu einem Zeitpunkt ein, an dem Projekte noch beeinfluss- und wandelbar sind. Werden sie konkret, regt sich häufig plötzlich der Protest zu einem Zeitpunkt, an dem der Veränderungsspielraum nur noch sehr klein ist. Dafür sollten wir Lösungen finden. Ganz konkret müssen wir in der Planungspolitik beim geplanten Stadtteil der Quartiere vorankommen und rückwärtsgewandten Vorschlägen der CDU eine klare Absage erteilen, ebenso klar müssen wir das aber auch denjenigen gegenüber tun, die am liebsten gar nichts mehr bebauen wollen, denn irgendwo müssen Menschen in dieser Stadt wohnen.

(Beifall)

Sehr viel schneller müssen wir bei der Umgestaltung des öffentlichen Raums vorankommen. Die Öffnung des Mainkais steht in dieser Wahlperiode ohne Wenn und Aber an. Mit Superblocks wollen wir Bestandsquartiere umwandeln, zuerst in Bockenheim und in Nordend-West. Natürlich ist die Frage nach bezahlbarem Wohnraum eine sehr zentrale. Sie rangiert als das größte Problem der Bürger in dieser Stadt, so hat es die jährliche Mehrthemenumfrage festgestellt, und wir werden daher unter anderem dafür mit unserer Idee einer Wohnanleihe besonders Azubi- und Studierendenwohnen in den Blick nehmen. Die Herausforderungen der Planungspolitik sind gewaltig, aber sie sind nicht unüberwindbar. Ich habe ein gutes Gefühl mit dem hoffentlich neuen Planungsdezernenten, der viele wichtige Projekte der Stadt bereits aus dem Planungsdezernat heraus in den letzten Jahren mitgestaltet hat und mit dem

wir bereits sehr gut zusammengearbeitet haben.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Das Wort hat Herr Zieran von ÖkoLinX-ELF, bitte!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Der entscheidende Satz in der Rede eben war: „... die Planungspolitik der letzten Jahre mitgestaltet hat“. Ich habe ihn kennengelernt, wir hatten eine Ortsbeiratssitzung, viele Bürger waren da - ich glaube so an die 150 Bürger -, die die Bebauung der Grünen Lunge nicht wollten, die die Erhaltung der Frischluftzone wollten, und Mike und Marcus waren damals voll drauf, dass sie diese Bebauung wollten. Das ist so mein Kennenlernerlebnis, und seit der Zeit beobachte ich diese Politik. Zur Person will ich gar nichts sagen. Es ist blöd, wenn man jemanden persönlich bewertet, es geht um die Politik, um die Inhalte. Er steht für mich für eine Politik der Stadterstörung, ...

(Beifall)

... weil er die Klimakrise nicht in seine Planungspolitik mit einbaut. Was heißt das? Das heißt einerseits, die Zerstörung von Grünflächen wird mit eingebaut, aber Frischluftschneisen sind nicht so relevant. Gelernt hat der frühere Planungsdezernent inzwischen, das Mikroklima ernst zu nehmen. Darauf legen Sie beim Stadtteil der Quartiere großen Wert. Aber das Makroklima, das Thema Frischluftschneisen, das spielt keine Rolle. Sie bebauen einfach mal die grüne Wiese, Wachstum ohne Ende, es gibt keine Grenzen, statt eine Debatte darüber zu führen, wie das Wachstum gesteuert werden kann, wie es erreicht werden kann, dass Frankfurt nicht an einem internen Wachstum erstickt, wie zusammengearbeitet werden kann in der Region. Da gibt es praktisch nichts, was im Konsens vorangetrieben wird.

(Beifall)

Also, Lebensqualität: ganz dünne bei diesem neuen Stadtplanungsdezernenten.

Zweitens. Die neuen Anforderungen, da bin ich gespannt, ob die überhaupt begriffen werden. Wir sind in einem Zeitalter, wo inzwischen über graue Energie geredet wird. Das ist positiv. Wir hatten einmal eine Zeit, wo es vonseiten der SPD hieß: „Abreißen, abreißen, bauen, bauen“, um es übersetzt zu sagen. Heute wird das vielleicht ein bisschen differenzierter gesehen, aber der Hochhausplan, die positive Haltung zum Hochhaus wird weiter hier in Frankfurt gefeiert und sogar mit Freude begrüßt. Über die Ressourcenverschwendung, die ein wirklicher Wolkenkratzer mit sich bringt, macht man sich keine Gedanken.

(Beifall)

Über die Massen von Beton, auch von altem Beton, die da verbaut werden und wo CO₂ produziert wird, macht man sich Gedanken, ja, aber erlaubt wird es trotzdem, mit den alten Sachen weiterzubauen. Das ist die eine Seite: dass die Lebensqualität für diejenigen, die in der Stadt sind, erhalten wird und dass deswegen eine Stadtplanung ganz anders ausgerichtet werden muss. Wir müssen ganz andere Ziele haben: Wie weit geht das Wachstum, dass es mit der Lebensqualität verträglich ist? Wie erhalten wir die Grünzonen, ohne die Lebensqualität in anderen Bereichen zu verringern?

Der zweite wichtige Punkt ist der soziale Aspekt. Wir leben in einer der reichsten Städte Deutschlands, und wir haben Wohnungslosigkeit hier in Frankfurt. Leute kriegen keine Wohnung, das muss man sich vorstellen. Es wird mit Geld argumentiert, dass wir keine Wohnungen bauen können. Ein Land wie Finnland, das wirklich ärmer ist als wir, und andere Länder lösen diese Probleme oder gehen dran und kommen Stück für Stück vorwärts. In Frankfurt heißt es: „Ja, wir haben Wohnungslosigkeit, wir versuchen, hier Wohnungen zu kriegen, da mieten wir was im Hotel an.“ Das ist so was von rückschrittlich, so was von unsozial, das ist keine Planungspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Also auch auf dieser Ebene: nichts.

Wir sagen, eine zukünftige Planungspolitik muss Schluss machen mit Ressourcenverschwendung. Wir wollen keinen weiteren Hochhausbau in dieser Form. Das Juridicum muss erhalten bleiben, die Städtischen Bühnen müssen nicht als Spiegellösung geplant werden und nicht in die Kommerzzeile, die Kulturmeile heißt, sondern sie sollen saniert werden, wo sie stehen. Es sollen moderne Elemente mit alten Elementen gekoppelt werden, und das geht. Es gibt eine Menge Architekten, die das in Frankfurt so sehen, aber die Stadt verschließt sich dem. Ich weiß nicht, welche Prestigeobjekte da eine Rolle spielen. Das alles, dieses Nichtaufgreifen von Neuem, aus welchen Gründen auch immer, stimmt mich nicht hoffnungsvoll. Als Professor macht er vielleicht gute Sachen, aber als neuer Planungsdezernent? Ich muss allerdings zugeben: Ursula Busch hat mal wieder einen Genossen prima verkauft. Du solltest Marketingmanagerin werden.

Ansonsten ist da wenig gewesen und es sind wenige Visionen in der letzten Zeit überkommen. Ich denke mir, da muss außerhalb des Parlaments mehr laufen, um diesen Planungsdezernenten in die richtige Richtung zu weisen, so wie wir das bei der Grünen Lunge auch geschafft haben.

Danke!

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteherin Hilime Arslaner:

Das Wort hat Herr Pfeiffer von BFF-BIG. Bitte!

Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
werte Kolleginnen und Kollegen!

Heute lässt uns die Regierungskoalition aus GRÜNEN, SPD; FDP und Volt über einen neuen Planungsdezernenten abstimmen, der die Amtsführung von Mike Josef übernehmen soll, der am 26. März 2023 zum Oberbürgermeister gewählt wurde. Vorab eine grund-

9.	Vergabe von städtischen Flächen in Erbpacht nach einem Konzeptverfahren	80
	Gemeinsamer Antrag der GRÜNEN, der SPD, der FDP und Volt vom 11.05.2023, NR 660	
	<u>hierzu:</u> Antrag der LINKE. vom 13.06.2023, NR 683	
	Stadtverordneter Sebastian Papke, FDP:.....	80
	Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:.....	81
	Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:.....	82
	Stadtverordnete Anna Nguyen, AfD:.....	82
	Stadtverordneter Simon Witsch, SPD:.....	83
	Stadtverordneter Frank Nagel, CDU:.....	86
	Stadtverordneter Johannes Lauterwald, GRÜNE:.....	86
	Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	88
10.	Mainova muss aus dem Lobbyverband "Zukunft Gas" austreten.....	90
	Antrag der LINKE. vom 22.05.2023, NR 665	
	Stadtverordnete Dr. Daniela Mehler-Würzbach, LINKE.:.....	90
	Stadtverordneter Thomas Schlimme, GRÜNE:	92
	Stadtverordnete Dr. Veronica Fabricius, CDU:.....	94
	Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:.....	95
	Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	96
	Stadtverordneter Peter Paul Thoma, FDP:.....	97
11.	Schiedsrichter schützen - Platzverbote vereinfachen	98
	Antrag der CDU vom 17.05.2023, NR 672	
	<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der GRÜNEN, der SPD, der FDP und Volt vom 14.06.2023, NR 687	
	<u>hierzu:</u> Antrag der CDU vom 07.06.2023, NR 688	
	Stadtverordnete Britta Wollkopf, Volt:.....	98
	Stadtverordnete Carolin Friedrich, CDU:.....	100
	Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, SPD:.....	101
	Stadtverordneter Andreas Lobenstein, AfD:	102
	Stadtverordnete Natascha Kauder, GRÜNE:.....	103
	Stadtverordneter Peter Paul Thoma, FDP:.....	104
	Stadtverordneter Sieghard Pawlik, SPD:.....	105
12.	Stadtverordnetenversammlung: Aufzeichnung für alle	105
	Antrag der Gartenpartei vom 15.04.2023, NR 645	
	Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:.....	105

Die Forderung, dass städtische Beteiligungsgesellschaften und Stiftungen ähnlich wie die Stadt verfahren, erfüllen wir im Rahmen dessen, was möglich ist. Wenn Gesellschaften nicht als Anstalt des öffentlichen Rechts organisiert sind, haben wir keinen so direkten Einfluss, wie ihr euch das vorstellt. An Stiftungen ist schon einmal gar nicht zu denken, aber wir werden uns, wie gesagt, dafür einsetzen, dass bei städtischen Beteiligungsgesellschaften und bei Stiftungen ähnlich verfahren wird wie bei der Stadt.

Schlussendlich wird in dieser Diskussion viel vermengt und grundsätzlich Kritik angebracht. Besonders paradox ist es, wenn die Vergabe des Erbbaurechts an eine junge Familie als Spekulation bezeichnet wird - so geschehen im Planungsausschuss. Wir sehen das grundlegend anders und beweisen unsere Flexibilität auch mit der vereinfachten Konzeptvergabe bei Einzelwohnungen sowie bei Häusern mit bis zu drei Wohneinheiten. Vielleicht noch einmal drei Punkte, um es klarzustellen: Erstens, eine Privatisierung erfolgt nicht. Das Grundprinzip ist, dass Eigentum in städtischer Hand bleibt. Zweitens - Eyup, da muss ich dich korrigieren, und vielleicht meinte Simon das auch, als er quasi gesagt hat, du hast den Antrag nicht richtig gelesen -, die Kriterien, die wir so detailliert aufgezählt haben, zählen ausschließlich für den Gewerbebereich. Drittens, ich stelle immer wieder fest, die Debatte wird dann aufgemacht, nicht von euch, aber hier von der rechten Seite des Hauses, wenn man etwas verhindern will. Es ist schon so, man warnt dann immer vor zu hohen Mieten, das hat Spaltungspotenzial bezüglich sozialer Gerechtigkeit und dieses Argument wird immer dann angewendet, wenn man quasi etwas verhindern will. Beim Klimathema zählt das genauso wie hier bei diesem Antrag.

Wir handeln im Interesse der Bürger:innen. Schlussendlich ist die Konzeptvergabe zum Beispiel für zukunftsweisende kleinteilige Entwicklung, wie etwa im Gutleutviertel, auf dem Gelände der Hafenbetriebe, hilfreich und gehört nicht zu den preistreibenden Faktoren, ganz im Gegenteil. Der heutige Beschluss dient zur Vorbereitung der Reduzierung des Erbbauzinses auf 1,5 Prozent - oder weniger - für soziale, ökologische und gemeinwohlorientierte Projekte, über die wir in der kommenden Runde beraten werden. ein ent-

sprechender Antrag befindet sich auch schon im Geschäftsgang. Damit werden wir die Rahmenbedingungen und Anreize für bezahlbaren Wohnraum wesentlich verbessern. Eine lange und zu Recht hochgehaltene Forderung des Netzwerkes für gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen und ein wichtiger Punkt aus unserem Koalitionsvertrag wird damit umgesetzt.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gregor Amann:**

Die vorerst letzte Wortmeldung kommt von Herrn Zieran, ÖkoLinX-ELF. Bitte!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Wollt ihr als Immobilienvertreter hier reden?

(Zurufe)

Ich lasse der FDP dann gerne den Vortritt. Reden wir aber doch mal über das, was in dieser Stadt stattfindet. Viel Wortgeklingel, aber in Wirklichkeit ist dieser Antrag doch nichts anderes, als dass eine Fassade aufgebaut wird, wir kämen vorwärts, wir setzen uns ab. Wenn ich mir dann die einzelnen Punkte angucke: „Städtische Grundstücke [...] werden grundsätzlich im Konzeptverfahren [...] vergeben.“ Grundsätzlich, dieses Wort kommt überall vor oder zumindest wird darauf hingearbeitet im Sinne des Antrags. Dann noch solche Formulierungen wie „ökonomische Kriterien“, „Schaffung eines Mehrwerts für den Wirtschaftsstandort“. Klasse! Nur ist der Mehrwert ...

(Beifall, Zurufe)

Ihr seid süße Kapitalvertreter, okay.

(Beifall, Heiterkeit)

Ihr seid aber nicht sehr wirkungsvoll. Solange ihr in dieser Koalition seid, kann man davon ausgehen, dass auch nichts passieren wird

für Bürger und Natur in dieser Stadt. Genau das Gegenteil von dem, was die SPD hier ausgesagt hat, ist richtig, wir müssten schneller werden. Ich sage, bleibt so langsam, bleibt bloß so langsam, ihr zerstört sonst viel zu viel in dieser Stadt. Diese ganzen Beteuerungen, ich kann es nicht mehr hören, jedes Jahr mindestens zehnmal: „Wir wollen den sozialen Wohnungsbau vorwärtsbringen.“ Was habt ihr denn gebracht? Nichts, nichts! Praktisch eine Null beim sozialen Wohnungsbau und wir haben die über 40.000 Wohnungen, die seit 1990 zerstört worden sind. Das kümmert aber hier niemanden. Die Hauptsache ist, das Wortgeklingel kommt in der Presse an, das Wortgeklingel kommt bei den Wählern an. In Wirklichkeit kümmert euch das doch gar nicht, wenn die Armen, wenn die Mittelschicht zum Teil aus Frankfurt vertrieben werden. Ihr macht eure Politik.

Die LINKEN. bemühen sich immer noch mit Beispielen, das werde verkauft oder dies werde verkauft, es gibt lange Listen. Mit der FDP braucht man eigentlich gar nicht darüber zu reden, gar nicht zu debattieren, da ist keine Empathie für diese Menschen da. Bei den anderen Fraktionen wird zwar viel Empfinden hier reingebracht, aber tatsächlich, in der Praxis, geschieht eben nichts. Man muss sich entscheiden, für wen man etwas macht. Man kann hier nicht sagen, wir wollen ein gutes Investitionsklima und wir wollen für die Bürger mehr Wohnungen schaffen. Das schließt sich aus. Investitionen und Förderungen. Private Unternehmen, die Wohnungen bauen sollen, werden keine Sozialwohnungen bauen, die bauen Wohnungen für die, die schon genügend haben. Die bauen für Reiche Wohnungen, die bauen für Wohlhabende Wohnungen, die nehmen uns den Bauplatz für den Sozialwohnungsbau weg. Das ist das größte Verbrechen, was mit dieser Politik geschieht.

(Beifall)

Deswegen brauchen wir die nicht und wir brauchen diese Investitionsförderung nicht. Wir sollten lieber kommunale Kredite aufnehmen und wir sollten Genossenschaften bilden, die der Stadt gehören und die sollen bauen. Es lohnt sich doch sowieso nicht mehr laut der FDP. Die Zinsen sind doch viel zu hoch. Bauen lohnt sich nicht mehr. Das ist doch gut, dann weg mit den privaten Unter-

nehmen, die Stadt macht es selber und wir machen wirklich sozial.

(Zurufe)

Wenn wir - und das ist doch der entscheidende Punkt - die Spekulation in Frankfurt nicht in den Griff kriegen, ändert sich sozial gar nichts. Mit einer Baupolitik, die den Hochhausplan immer weiter ausweitet, werden wir das nicht in den Griff kriegen, weil der Aufwertungsdruck zu hoch ist. Ist der Aufwertungsdruck zu hoch, hat die Stadt nicht genügend Geld oder will es für den sozialen Wohnungsbau nicht haben. Da können hier noch so schöne Reden von Simon oder von anderen gehalten werden, in der Realität ändert sich nichts. Dieses schöne Erbbaurecht ist dann auch nur eine Krücke, um eine Situation, die schlecht ist, etwas weniger schlecht zu machen, aber wir lösen die Probleme nicht.

Was wir wirklich bräuchten, ist die, und da hat die SPD Anfang der Achtzigerjahre die klare Linie ausgegeben, von der sie heute nichts mehr weiß, Kommunalisierung von Grund und Boden, wie es auch hier an der Universität diskutiert wurde. Das ist die einzige Möglichkeit, um die Spekulation in den Griff zu kriegen. Das heißt, nicht die Gebäude, keine Angst, es geht nur um den Grund und Boden. Den aber muss man kommunalisieren, in welcher Form auch immer. Man muss nicht verstaatlichen, aber man muss irgendeine Vergesellschaftungsform finden, die das stoppt.

(Zurufe)

Wenn die Spekulation nicht gestoppt wird, dann solltet ihr an der Universität noch einmal neu studieren, Volkswirtschaftslehre, die fortschrittlich ist, und solange das nicht passiert, seid ihr zum Scheitern verurteilt. Das ist schlimm für die Menschen, die Wohnungen brauchen, das ist schlimm für die Menschen, die wenig Geld haben. Man kann viel an der LINKEN. kritisieren, aber dieser Antrag ist doch glasklar: Die Stadt Frankfurt verkauft keinen städtischen Grund und Boden. Punkt! Schluss! Das ist ein wichtiger Grundsatz.

(Beifall)

Wenn ihr so eine klare Regel hättet, dann könnte man euch überhaupt ernst nehmen. Das ist wenigstens der Versuch, mit Worten Klarheit zu schaffen. Ihr habt eine Realität, die schlecht ist, dann habt ihr ein Wortgeklingel und ihr seid euch noch nicht einmal sicher, ob ihr das wirklich machen wollt. Dann kommen die Öffnungsklauseln: „Grundsätzlich hier, wir versuchen das hinzukriegen, dass die das und das machen, wir versuchen dies hinzukriegen.“ In Wirklichkeit hat man doch aufgegeben und die Politik des alten Planungsdezernenten - er war doch auch in diesem AStA -, er hat doch den Sozialwohnungsbau nicht in den Griff bekommen, nicht weil er das nicht kann, sondern weil die objektiven Bedingungen so sind und sich keiner rantraut, diese objektiven Bedingungen des Bauens zu ändern. Ihr wollt alles so lassen, wie es ist und auf den Gebäuden kommt ihr jetzt mit neuem Wortgeklingel - „Konzeptverfahren“ und was weiß ich alles. Und das soll die Lösung, das soll die Heiligsprechung eures Bauens bringen.

Ich sage euch, wir sitzen hier nächstes Jahr, übernächstes Jahr und noch überübernächstes Jahr und ihr seid keinen Schritt weitergekommen.

(Zurufe)

Ihr müsst wirklich die Macht des privaten Immobilienkapitals brechen und ihr müsst den Grund und Boden in die Hand der Stadt zurücknehmen. Wenn ihr das nicht ohne Wenn und Aber tut, seid ihr zum Scheitern verdammt.

Danke!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gregor Amann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache und lasse nunmehr über die mit dem Ausschussbericht vorgelegte Empfehlung zu dem Tagesordnungspunkt 9. abstimmen, die auch in der ausgelegten Tagesordnung I abgedruckt ist. Wer dem Ausschussbericht zustimmt, sodass für jeden die Stimmabgabe der jeweiligen Frakti-

on im Ausschuss und für die fraktionslosen Stadtverordneten deren schriftlich vorliegendes Votum gilt, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht) Wer stimmt dagegen? (Geschieht) Wer enthält sich? (Geschieht) Ich stelle fest, dass der Ausschussbericht angenommen wurde. Somit wird der Vorlage NR 660 in der vorgelegten Fassung zugestimmt. Die Vorlage NR 683 wird im Rahmen der Vorlage NR 660 abgelehnt. Ich schließe den Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 10.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gregor Amann:**

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10., Lobbyverband Zukunft Gas, auf. Wir behandeln die Vorlage NR 665 der LINKEN.-Fraktion. Die LINKE.-Fraktion hat den Antrag zur Tagesordnung I gestellt. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Ausschüsse für Wirtschaft, Recht und Frauen sowie für Klima- und Umweltschutz empfehlen, die Vorlage NR 665 um eine Runde zurückzustellen, dennoch soll die Vorlage heute zur Aussprache kommen. Das Wort hat Frau Dr. Daniela Mehler-Würzbach von den LINKEN. Bitte!

**Stadtverordnete Dr. Daniela Mehler-
Würzbach, LINKE.:**

Sehr geehrter Herr Vorsteher,
werte Kolleg:innen!

Die Jahre, in denen wir politisch entscheiden, sind die entscheidenden für den Umgang mit der Klimakatastrophe. Die Mainova, der führende Energiedienstleister in Frankfurt, ist Mitglied bei Zukunft Gas, dem zentralen Lobbyverband der Gasindustrie. Gründungsziel von Zukunft Gas war das Produktmarketing für Erdgas. Erdgas soll klimafreundlicher Energieträger und notwendige Brückentechnologie sein. Im Lobbyverband Zukunft Gas sind neben vielen kleinen Stadtwerken auch große Gaskonzerne wie Uniper oder Shell organisiert. Mit ihrer Mitgliedschaft machen sich auch Stadtwerke und kommunale Unternehmen die fossilen Lobbyinteressen großer

9. Vergabe von städtischen Flächen in Erbpacht nach einem Konzeptverfahren	80
Gemeinsamer Antrag der GRÜNEN, der SPD, der FDP und Volt vom 11.05.2023, NR 660	
<u>hierzu:</u> Antrag der LINKE. vom 13.06.2023, NR 683	
Stadtverordneter Sebastian Papke, FDP:.....	80
Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:.....	81
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:.....	82
Stadtverordnete Anna Nguyen, AfD:.....	82
Stadtverordneter Simon Witsch, SPD:.....	83
Stadtverordneter Frank Nagel, CDU:.....	86
Stadtverordneter Johannes Lauterwald, GRÜNE:.....	86
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:.....	88
10. Mainova muss aus dem Lobbyverband "Zukunft Gas" austreten.....	90
Antrag der LINKE. vom 22.05.2023, NR 665	
Stadtverordnete Dr. Daniela Mehler-Würzbach, LINKE.:.....	90
Stadtverordneter Thomas Schlimme, GRÜNE:.....	92
Stadtverordnete Dr. Veronica Fabricius, CDU:.....	94
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:.....	95
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:.....	96
Stadtverordneter Peter Paul Thoma, FDP:.....	97
11. Schiedsrichter schützen - Platzverbote vereinfachen	98
Antrag der CDU vom 17.05.2023, NR 672	
<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der GRÜNEN, der SPD, der FDP und Volt vom 14.06.2023, NR 687	
<u>hierzu:</u> Antrag der CDU vom 07.06.2023, NR 688	
Stadtverordnete Britta Wollkopf, Volt:.....	98
Stadtverordnete Carolin Friedrich, CDU:.....	100
Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, SPD:.....	101
Stadtverordneter Andreas Lobenstein, AfD:.....	102
Stadtverordnete Natascha Kauder, GRÜNE:.....	103
Stadtverordneter Peter Paul Thoma, FDP:.....	104
Stadtverordneter Sieghard Pawlik, SPD:.....	105
12. Stadtverordnetenversammlung: Aufzeichnung für alle	105
Antrag der Gartenpartei vom 15.04.2023, NR 645	
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:.....	105

Branchenverbänden, ob das Strom, ob das Wasser oder Fernwärme ist. Da gibt es überall Verbände, die sich auch darum kümmern, dass die Rahmenbedingungen, die durch die Politik vorgegeben werden, in praktische Umsetzungsmöglichkeiten münden. Das halte ich durchaus für hilfreich und wir werden auch noch eine ganze Weile Erdgasheizungen haben, einfach weil es welche gibt und weil der Umbau meines Erachtens nicht so schnell funktioniert.

Wenn man jetzt auf den Beschluss kommt, den die LINKE da genannt hat - Frau Mehler-Würzbach hat das ein bisschen korrigiert, sie hat nämlich nur von den Magistratsmitgliedern gesprochen, die einen Auftrag einreichen sollen -, dann haben wir an der Stelle, weil das ein paritätisch besetzter Aufsichtsrat ist, die Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter. Da bin ich mir ganz sicher, dass sie diese Idee, aus so einem Verband auszutreten, überhaupt nicht goutieren, weil die wissen, was der Verband für Vorteile bietet. Selbst wenn der Magistrat es entgegen allen Regelungen und Gesetzen - der Aufsichtsrat ist auch zum Wohl des Unternehmens verpflichtet -, dann trotzdem tun würde, würde das nichts bringen und Sie hätten den einen Stadtverordneten auch nicht mitgenommen in Ihrem Antrag. Von daher ist auch das nicht so gut formuliert. Ich glaube, Zukunft Gas ist kein Verband, über den man jetzt eine riesige Diskussion führen muss, das ist ganz einfach Handwerk, was da stattfindet. Das sollte man auch tun und nicht so viel darüber reden.

Danke schön!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Der nächste Redner ist Herr Zieran von ÖkoLinX-ELF. Bitte!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Die Debatte ist insofern interessant, als dass einige Leute sich hier einmal offen zu ihren eigentlichen Interessen äußern. Das, finde

ich, ist sehr finster. Denn diejenigen, die die Gasinfrastruktur auch noch ausbauen wollen, sagen nichts anderes aus, als dass die nächsten 30, 40 Jahre in Richtung Klimaneutralität zu gehen, verloren sind und dass Frankfurt sein Ziel verpassen wird. Das scheint mir relativ klar zu sein. Das ist Punkt eins.

Da gibt es dann Vertreter:innen, die man nur so nebenbei noch abhandelt, neben der Regierungspolitik, wo es zumindest noch Mischungen gibt. Da gibt es dann die reaktionäre Linie der CDU, die einfach nur zurück in die Sicherheit der fossilen Wirtschaft will und gar nicht versteht, worum es eigentlich geht. Um es noch einmal zu sagen: Wenn die Klimakatastrophe in den nächsten Jahrzehnten erfolgreich bekämpft werden soll, muss es einen Ausstieg aus der gesamten fossilen Wirtschaft geben. Wir müssen weg vom Gas, vom Erdgas, da führt kein Weg dran vorbei.

(Beifall)

Die LINKEN haben da eine ganz richtige Initiative ergriffen. Wenn heute hier Interessensvertreter, auch aus der SPD, die Mainova immer sehr positiv darstellen, wenn die in dieser Art und Weise agieren, dann kommt bei mir sofort der alte Filzgedanke hoch, Filz und Profit, und das geht überhaupt nicht.

(Beifall)

Hier damit zu kommen, gegen die Klimakatastrophe Arbeitnehmerinteressen zu stellen, finde ich einfach übel. Euch dahinter zu verstecken, das ist wirklich antifortschrittlich, rückschrittlich. Ihr treibt es nicht voran in Richtung Klimakrisenbeherrschung. Die Mainova ist nicht Frankfurt. Was ich kritisiere an der Regierungspolitik, ist, dass man die Mainova machen lässt. Die Mainova mag auch Verdienste haben, sie ist bestimmt besser als manche anderen Energieunternehmen, aber man sollte niemals einem Unternehmen, einem Monopolisten, eine ganze Region unterordnen. Die Stadt Frankfurt sollte die Kontrolle haben und nicht so ein Konzern. Das heißt, entweder sagt man, der Konzern wird kommunalisiert, vollständig, und die Kontrolle geht hier über das Parlament und wir können Eingriffe vornehmen in diese Politik, oder es gibt andere Mechanismen. Die Regierung kann da kreativ sein, die

CDU ist es nicht mehr, da kann man nur hoffen, dass es in der Regierung irgendwelche Kräfte gibt, die uns da voranbringen.

Noch mal: Die Mainova ist rückschrittlich. Wenn sie nicht mal aus diesem Lobbyverband rausgehen möchte, dann möchte sie fossile Wirtschaft weitermachen. Das muss gestoppt werden. Was wir brauchen in Frankfurt, sind einerseits erneuerbare Energien. Windenergie ist in Frankfurt völlig unterentwickelt. Solarenergie ist unterentwickelt. Frankfurt ist eine der Städte, die am wenigsten Solarenergie haben. Wir haben da nichts zu bieten. Und dann wird ein Kohlekraftwerk in ein Gaskraftwerk umgebaut. Leute, Ihr seht doch, was wir jetzt schon für Klimaveränderungen haben, und das läuft weiter. Da redet keiner mehr von schnell, schnell. Da redet die SPD beim sozialen Wohnungsbau von schnell, schnell und macht das Gegenteil, schafft keine sozialen Wohnungen. Und hier wird gar nicht mehr von schnell, schnell geredet. Es ist doch nur noch ätzend. Etwas anderes fällt mir dazu nicht mehr ein.

Die Mainova muss gestoppt werden. Die Macht der Mainova, das in Richtung Gasinfrastruktur voranzutreiben, muss gestoppt werden. Es kann nicht sein, dass in Frankfurt unter einem Netz einer Infrastruktur, die eben auch wasserstoffgerecht ausgebaut wird, dass da viel Geld verbuddelt wird, das darf nicht sein.

Ich habe es vorhin schon mal gesagt, ich wiederhole es noch mal: Allein, dass die Mainova erklärt, ein Anschluss über den Alleenring - 20 Meter, 20 Meter für Bürger - für 100.000 Euro, das ist eine solche Unverschämtheit, weil diese Mainova auch noch im Namen der Stadt handelt.

(Beifall)

Da kann man nur sagen, der Mainova muss man alle Macht wegnehmen. Die Macht muss in die Hände der Kommune und man muss wirklich die Zerstörung der fossilen Wirtschaft und den Aufbau einer fortschrittlichen Wirtschaft auf der Basis erneuerbarer Energien vorantreiben. Wir brauchen die, auch wenn sie hier von der FDP und von anderen kaputt gemacht worden sind. Wir brauchen große Wärmepumpen, die Quartiere heizen. Wir brauchen keine riesige Fernwärmeversor-

gung für Frankfurt, sondern quartiersgemäße Energieversorgung und Unabhängigkeit. Keine Monopolisierung für Frankfurt und die FDP am besten auf den Mond schießen.

Danke!

(Beifall, Zurufe)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Der nächste und letzte Redner ist Herr Thoma von der FDP. Bitte!

Stadtverordneter Peter Paul Thoma, FDP:

Sehr verehrte Stadtverordnetenvorsteherin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir sind zum Glück nicht auf den Mond geschossen worden, auch wenn das eben so böse gesagt wurde. Verbände spielen in der deutschen Demokratie eine tragende Rolle. Artikel 9 Grundgesetz legt den rechtlichen Rahmen für die Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit in Deutschland fest.

(Zurufe)

Üblicherweise werden Branchenverbände im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren angehört und sind somit bei der Entstehung von Gesetzen als legitime Vertretung aggregierter Interessen einer Branche eingebunden. Die Mainova ist ständig im Austausch zwischen Politik und Branchenverbänden und es gelingt ihr, Reformvorhaben zu realisieren, die Energie- und Wärmewende zu praktizieren. Es ist der notwendige Austausch zwischen Politik und Wirtschaft, der über solche Verbände erforderlich ist.

Vielleicht haben Sie ja schon bemerkt, dass dieser Verband früher Zukunft ERDGAS e. V. hieß. Jetzt heißt er allerdings nur noch Zukunft Gas. Da steckt die Technologieoffenheit insofern drin, als dass man über Biogas, über Wasserstoff und über verschiedene andere Formen regenerativer Nutzung nachdenkt. Und es ist auch so, wie meine Vorrednerin von der CDU und auch der Kollege von der SPD es gesagt haben: Es stimmt, dass wir natürlich noch einige Jahre Gasheizungen